

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei uns
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
und Pöse, Hagenstein & Vogler S. C.
G. L. Danke & Co., Invalidenamt.

Berantwortlich für den
Inseratenheit:
F. Klingkist
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Ges. Ad. Schles. Hoflieferant,
Gr. Gerber u. Breitestr. Ede,
Ollo Niedlich, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
F. Hochfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Nr. 849

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an den Sonn- und Feiertagen jedoch nur zwei Mal.
Das Abonnement beträgt viertel
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganze Deutschland. Bezahlungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Sonnabend, 3. Dezember.

1892

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 2. Dezember, 12 Uhr.
(Nachdruck nur nach Ueberentkommen gestattet.)

Zunächst wird die Einstellung der gegen die Abgeordneten Geheyr (Sgd.), Werner (Antl.), Schmidt-Frankfurt (Sgd.) schwedenden Strafverfahren beschlossen.

In der fortgeleiteten ersten Berathung des Etats erhält zunächst das Wort

Abg. v. Kościelski (Pole): Bezüglich der Militärvorlage haben wir einen endgültigen Beschluss noch nicht gefaßt. Wir wollen den Verlauf der Berathung abwarten. Vielleicht bietet diese einen Weg, den auch wir beschreiten können. Der Grundsatz, alles zu bewilligen, was für die Landesverteidigung erforderlich ist, bleibt für uns nach wie vor bestehen. Wir sind aber durch die wirtschaftliche Lage der polnischen Landestheile beschränkt. Wir schämen uns nicht, einzugehen, daß wir die ärmsten Landestheile vertreten. Auch dieser Etat enthält wieder große Mehrforderungen für Ministerzwecke (Aha! links). Ich will mich nicht näher darüber auslassen, zumal ich trotz gegentheller Preisaufmerksamkeiten in der Kommission Gelegenheit haben werde, diejenigen Forderungen näher zu treten. (Heiterkeit.) In dem Augenblick, wo wir unsere bereitwillige Mitarbeit an der Ausgestaltung des Reiches zusagen, werden wir mit den gehässigsten Angriffen von der liberalen Presse überschüttet. Wie stimmt das mit der nationalen Entrüstung, mit der wir sonst behandelt werden? Auch Fürst Bismarck hat es zu unserem Bedauern nicht unterlassen können, uns anzuziehen. Er warf uns vor, wir wollten einen Krieg mit Russland herausbeschwören, um daraus Nutzen für uns zu ziehen. Abgesehen davon, daß wir das leichtfertige Herausbeschwören eines Krieges für einen Frevel halten, würden ja in jedem Krieg, den Russland gegen seinen westlichen Nachbar führt, die Söhne unseres eigenen Volkes gegen uns kämpfen müssen. Falls die Stunde schlagen sollte, sind wir jeder Zeit bereit. Aber die Stunde wird ohne unser Butthum schlagen. (Beifall bei den Polen)

Abg. Hauckmann (Volksp.): Der gegenwärtige Etat fordert mehr als jeder frühere auf, auf die Reichspolitik überhaupt einen Blick, zu werben und die dagegen erhobenen Vorwürfe einer ernsten Prüfung zu unterwerfen. Die politischen Parteien sind es der Regierung schuldig, alle Klagen und Beschwerden, die außerhalb des Hauses laut werden, hier zu vertreten, damit die Regierung in der Lage ist, darauf zu erwidern. Am laufenden findet die Klagen im letzten halben Jahre gegen die auswärtige Politik der Regierung erkönnt. Es wurde mehr oder weniger deutlich ausgesprochen, die Reichsregierung habe sich der Aufgabe nicht gewachsen gesehen, unsere Interessen gegenüber dem Auslande zu vertreten. Diese Vorwürfe sind in keiner Weise substantiiert. Die auswärtige Politik ist korrekt in der durch die Gesamt situation vorgeschriebenen Richtung geleitet worden, und sie ist gegen früher auch in konzilianterer Form geführt worden. Aber es ist bedauerlich, wie wenig zuverlässige und authentische Kenntnis die Volksvertretung noch immer von den Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Mächten hat. Wir bekommen Weißbücher vorgelegt über unsere Beziehungen zu afrikanischen Häuptlingen, aber wir haben noch keine Weißbücher über unsere Beziehungen zu den größten Staaten Europas. (Sehr richtig! links.) Deshalb erfährt die Reichsregierung eine Reihe von Angriffen, die eine nervöse Stimmung hervorrufen, weil der Draht zwischen der Regierung und der öffentlichen Meinung hier nicht hergestellt ist. So kommt es, daß man einige Deutschen sekretester Art veröffentlichten muß, ganz herausgehend aus dem Rahmen der sonstigen Geheimhaltung auswärtiger Beziehungen. Bezüglich der Kolonialpolitik entbehren wir trotz der schon im Sommer 1890 gemachten Versprechungen eines bestimmten Programms. Alle Befürchtungen, die von freisinniger Seite über unsere Kolonialpolitik ausgesprochen worden sind, haben sich bewahrheitet. Wir haben in materielle und moralische Schwierigkeiten geraten. Vor Allem aber sollte man verlangen, daß eine kostspielige Kolonialpolitik nicht in Zeiten höchster Anspannung der militärischen Rüstungen fortgeführt werde. Wiederum sollen neue Kriegsschiffe gebaut werden, und es wird eine Rente gefordert unter der Motivierung, daß für das Panzerschiff "Bremen" ein Ersatz gebaut werden soll. In dem Worte "Ersatz" sehe ich nur eine Etiquette, um nicht zu sagen den Plan einer weiteren Vermehrung. Diese Neubauten stehen im Widerspruch mit den Ausführungen der Marineverwaltung vom vorigen Jahre. Hoffentlich wird der Reichstag diesmal ein entschlossenes "Nein" sprechen. Wir waren bei der Columbusfeier ungenügend vertreten, weil, wie der Reichsfanzler sagte, Schiffsschauen stattfanden. Dieselben Schiffe, welche ausreichten, die Kaiserfahrten in so glänzender Weise zu gestalten, sollten doch auch ausreichen zur Vertretung bei auswärtigen Mächten. Die Politik der Regierungen im Innern wird am besten gekennzeichnet durch das Gesetz über die Auswanderung, oder wie es besser heißen sollte, über die Erhöhung der Auswanderung. Es berührt doch eigentlich, wenn uns in der Thronrede versichert wird, daß nur die allerdringlichsten Gesetzeswünsche vorgelegt werden sollten und dann die Regierung es als dringlich bezeichnet, daß man den Deutschen das Auswandern erschweren müsse. Mit dem gesagten Wort, die unzufriedenen Deutschen sollten den Staub von ihren Pantoffeln schütteln, und mit dem Grundsatz, daß man es als ein persönliches Recht in Anspruch nehmen könne, sich niederzulassen, wo man wolle, läßt es sich nicht in Einklang bringen, wenn hier die Auswanderung erschwert wird. Das Gesetz wird damit begründet, daß vor der Auswanderung Gelegenheit zur Ordnung der persönlichen Verhältnisse gegeben werden solle. Meine reichen Erfahrungen in meinem Berufe haben mir den Beweis geliefert, daß der größte Theil der Auswanderer sein Haus gut bestellt und nur ein kleiner Theil aus verschiedensten Motiven ins Ausland geht. Das Gesetz trägt die typischen Merkmale, welche sehr viele Gesetze der letzten Zeit, z. B. das Trunkfluchtsgesetz, beherrschen, nämlich daß man mit mechanischen Polizeimitteln eine Besserung schaffen will. Es ist

nützlicher, den Leuten den Aufenthalt in Deutschland lieb zu machen, als daß man sie durch Gesetze von der Auswanderung zurückhalten will. Im Mittelpunkt unserer politischen Erörterungen steht die neue Militärvorlage. Wenn heute noch das Für und Wider lebhaft erörtert wird, so wird bald der Zeitpunkt kommen, wo man darüber einigt ist, daß die Regierung, indem sie diese Vorlage und keine andere eingebrochen hat, eine gute Gelegenheit versäumt hat, in Deutschland einen Zustand zu schaffen, wie er dem öffentlichen Bewußtsein entspricht. Wenn die Regierung die zweijährige Dienstzeit gesetzlich gewährt hätte und als Ersatz dafür nur verlangt hätte, daß die Rücken, welche dadurch in der Friedenspräsenzstärke entstehen, durch eine entsprechend höhere Heranziehung ergänzt werden sollen, so hätte sie nicht nur in diesem Hause die Mehrheit erlangt, sondern auch die öffentliche Meinung hätte sich für sie erklärt. (Lebhafte Zustimmung links.) Es müßte doch ein angenehmes Gefühl für die Regierung sein, volkstümlich zu sein. Die Regierung hätte auch mit der Herabsetzung der Dienstzeit einen mächtigen friedlichen Impuls für die anderen Völker gegeben; denn sie hätte dadurch bewiesen, daß Deutschland nicht beitragen will zu der ewigen Steigerung der kriegerischen Rüstungen. Wir können doch nicht unsere ganze Steuerkraft für militärische Rüstungen aufwenden. Ich verstehe nicht, wie man vom Regierungstisch aus sagen kann, diese Erweiterung unseres Heeres ist notwendig, sie wurde nur von den früheren Ministern nicht vorgenommen, weil dieselben auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Rücksicht nahmen. Wie kann man behaupten, daß die wirtschaftliche Lage besser geworden ist? Sie ist niemals so niedergedrückt gewesen, wie jetzt. Noch in den letzten Tagen hat der preußische Finanzminister in der Steuerkommission es ausgesprochen, daß die Lage der preußischen Finanzen sich noch auf eine Reihe von Jahren nicht bessern wird. Landwirtschaft und Handel befinden sich in einer kritischen Situation. Das Handwerk und die Industrie sind nicht einmal im Stande gewesen, eine Ausstellung in Deutschland zu ermöglichen. Mit Rücksicht auf diese Lage halte ich es für unmöglich und für unverantwortlich, die Summen zu bewilligen, welche die Regierung verlangt. Wenn man uns hier eine Organisation vorlegt, die auf 20 Jahre wirken soll, dann muß auch ein Finanzplan gleichzeitig vorgelegt werden. Wenn wir mit der Annahme der Vorlage den Sprung ins Dunkle thun, dann verwirren wir den Zustand unserer Finanzen noch mehr, als es jetzt der Fall ist. Der schlechte Stand der Reichsfinanzen wirkt aber auch auf die Einzelstaaten zurück. Wir sind jetzt ein organisches Ganzes geworden, das erneut sich besonders in der Finanzpolitik. Jede neue Ausgabe im Reich wirkt zurück auf die Budgets der Einzelstaaten. So stehen wir z. B. in Württemberg jetzt von einer Schuldenlast von über 3 Millionen. Dazu verlangt man noch erhöhte Matrikularbeiträge. Außer unserer Finanzlage entscheiden noch andere Gründe für die Ablehnung der Vorlage. Der Abg. Buhl hat schon gestern an die Resolutionen erinnert, in denen der Reichsfanzler den Wunsch nach einer Änderung der Militärstrafrechtsordnung ausgesprochen hat. Der Reichsfanzler hat diese Resolutionen zurückgewiesen, weil der Bundesrat nicht in die Kompetenz der Kommandogewalt eingreifen darf. Der Bundesrat sollte sich in so wichtigen Fragen durch Kompetenzstreitigkeiten nicht leiten lassen. Die Militärstrafrechtsordnung soll im Schoze der preußischen Regierung ruhen. Ich glaube, daß dieser Schlag kein fruchtbare sein wird. (Heiterkeit.) Die Militärvorlage will die zweijährige Dienstzeit einführen, aber nur so, daß die Regierung freies Spiel hat. Ich habe das Vertrauen zum Reichsfanzler, daß er entschlossen ist, die Vorlage loyal durchzuführen. Aber wir müssen darauf rechnen, daß Minister und Reichsfanzler wechseln können, und wenn nun ein anderer Reichsfanzler käme, der sagte, ich fasse die Sache anders auf, so hätten wir große Forderungen ohne Gegenleistung befürwortet. Der Reichsfanzler hat dem Abg. Richter vorgeworfen, daß er sich in einem Punkte getröst habe. Er deutete an, daß der Abg. Richter vom militärischen ABC nichts verstehe. Wenn nur die Herren Generale von dem bürgerlichen ABC ebenso viel verstanden wie Abg. Richter von dem militärischen. (Sehr richtig! links.) Die Frage über die Zusammenzung der Reserve-Bataillone ist eine so untergeordnete, daß man doch daraus nicht den Vorwurf der Unkenntlichkeit herleiten kann. Abg. Richter hat in einer zweistündigen Rede eine ganze Fülle von tatsächlichem Material vorgebracht, und die Regierung hat nichts auszufügen gewußt als diesen unbedeutenden Punkt. Damit giebt sie zu, daß die anderen Angaben richtig waren. Nebereinstimmend geht die Meinung des vorigen Hauses dahin, daß Abg. Richter wohl sachverständig ist, und der frühere Kriegsminister Bronfart v. Schellendorff gab ihm einmal das sehr angebrachte Prädikat des Civilkriegsministers. Dann hat der Reichsfanzler die alte Reporelloliste über die Abstimmung der Freisinnigen verlesen, und er hat sich dazu wohl vorbereitet. Es ist doch eigentlich, wenn man in diesem Hause mit dem mechanischen Mittel der Meinungsabstimmung operiert, und ich finde es nicht ganz loyal, wenn man unter diese Meinungsabstimmungen auch die über das Septennat aufnimmt, wo man doch nur über die Frage der zeitlichen Bewilligung anderer Meinung war und wir nachher vom Reichsfanzler das Zugehörigkeit hören mußten, daß man darüber verschlechtert Meinung sein könnte. Das letzte Wort über die Militärvorlage der letzten zwanzig Jahre ist auch noch gar nicht gesprochen, und wenn es wahr ist, daß unsere Steigerungen jedesmal die Steigerung der andern Staaten herbeiführen, so ist es noch die Frage, ob esslug war, die Steigerung in der Weise vorzunehmen, wie wir es gethan, und heute mit einem überlasteten Volke auf denselben Standpunkt zu stehen wie früher. Ich wünschte, daß der Reichsfanzler uns auch eine Liste der Abstimmungen in den Gesetzgebungen vorläse, die die früheren Gesetzgebungen zerstören und die vorhandenen Wahlen herbeigeführt haben, eine Liste darüber, wer Ja gesagt hat zum Schutzzollpolizei, zum Sozialstrenggesetz, zur Schutzzollpolitik, zur Kolonialpolitik, zur Maule- und Kauensteuer. (Große Heiterkeit.) Die Landwirtschaft soll bluten in der Branntheitsteuer, sie soll auch bluten im Menschenmaterial, denn das platten Land liefert

Inserate, die jehgsgepaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

die Hauptmasse zum Militär. Nebner lädt zum Schluss für Einführung der Doppelwährung.

Abg. Ritter (frz.): Der Abg. v. Koscielski hat der freisinnigen Presse vorgeworfen, daß sie sich feindselig gegen die Mitbürger polnischer Herkunft verhalte. Wir haben stets die Mitbürger polnischer Herkunft als gleichberechtigt behandelt. Sie können aber nicht verlangen, daß wir vergessen, daß in denjenigen Distrikten, wo Polen und Deutsche zusammenwohnen, auch die Deutschen Rechte haben, die wir vertreten müssen. Niemand kann von uns verlangen, daß wir eine besondere Vorlebe für die polnischen Mitbürger deshalb haben, weil sie Polen sind. Wenn die Polen reaktionäre Politik auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Staats-, Gewerbe-, Schulpolitik treiben, dann müssen wir sie ebenso bekämpfen, wie wir deutsche Reaktionäre bekämpfen. Da liegt der Krebschaden. Ich bitte den Abg. v. Koscielski, in dieser Beziehung einmal bei sich und in den Reihen seiner politischen Freunde Kritik abzuhalten. Er will ja jetzt schon gegen die weitere Fortführung der Handelspolitik vorbauen. Die Quacksalberie des Abg. v. Koscielski werden bezüglich der Schutzpolitisches nichts helfen. Wenn die Polen sich mit uns gegen die Schutzpolitisches vereinigen, dann werden wir bei den Wahlen keinen Unterschied zwischen Polen und Deutschen machen, natürlich unter der Voraussetzung, daß sie als Staatsbürger die Pflichten gegen das Vaterland erfüllen. In der Auffassung über die finanzielle Lage herrscht unter allen Parteien erfreuliche Übereinstimmung. Hoffentlich wird auch der Abg. Buhl in zweiter und dritter Lesung bei der Militärvorlage eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen verlangen, wie er es in seiner Erstreden gethan hat. Vor noch nicht gar so langer Zeit bestand in der Finanzverwaltung Preußens und des Reichs das Axiom, daß das finanzielle Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten nicht erschüttert werden dürfe. Was ist aus diesem Axiom, das damals eine so große Rolle spielte, geworden? Das Mehr der Überweisungen über die Matrikularbeiträge ist auf ein paar winzige Millionen zusammengekommen. Unter ganzer Stat ist weiter nichts als eine Zusammenstellung der Forderungen, welche die einzelnen Ressorts nach ihren Liebhabereien gestellt haben. Was wird das deutsche Volk fragen, haben wir von unserm Bundesrat, wenn die Herren weiter nichts thun, als zu bewilligen, was vom Reichskanzler verlangt wird? Wenn ich mir diesen Stat mit seiner Mehrbelastung der Einzelstaaten um 37 Millionen und seinen großen Forderungen für die Marine ansehe, dann muß ich mich fragen, haben sich die Herren überhaupt ein Bild von der jetzigen und der zukünftigen Finanzlage gemacht? In den 10 Jahren, von 1875–1885, ist der Marineetat nur um 10 Millionen gestiegen. Das geschah unter dem vielgeschmähten Regiment von Stosch. Dieser hat während einer langjährigen Verwaltung gehalten, was er versprochen hat; er war nicht bloß Chef der Admirałität, sondern er berücksichtigte auch die wirtschaftlichen Interessen. Wir haben ihn untersucht, weil er Respekt vor den konstitutionellen Rechten der Volksvertretung hatte und diesem Respekt einen thätigen Ausdruck gab, was ihn allerdings beim Fürsten Bismarck wenig beliebt gemacht hat. In dem Zeitraum von 1885 bis zu diesem Stat ist der Marineetat von 27 auf 52 Mill. hinaufgegangen. Die Marineverwaltung hat — ich will nicht sagen absichtlich — aber doch in praktischer Weise, „um uns nicht zu früh aus dem Schlafe aufzuwecken“, nur ganz kleine Beträge für zukünftige große Forderungen in den Stat eingestellt, z. B. eine exakte Rate von 100 000 M. für ein Schiff, welches im Ganzen 12½ Millionen kosten soll. Wenn Sie die Neubauten hinzunehmen, so werden Sie in diesem Stat, abgesehen von den Raten, die Sie schon bewilligt haben, wieder mit 40 Millionen für die nächsten Jahre engagiert. Wo soll das hin? Abg. Buhl sagte, daß die Entscheidung seiner Partei über die Militärvorlage kein Mittrauensvotum gegebe die Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten darstellen sollte. Darin liegt aber doch ein Widerspruch zu dem früheren Verhalten seiner Partei. Wir glauben nicht, daß mit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten schlechter geworden ist, im Gegentheil, wir meinen, daß Deutschlands Politik als eine ehrliche und friedliebende anerkannt ist und das Vertrauen Europas in hohem Maße genfegt und verdient. Aber freilich, derartige falsche Ansichten werden ja dadurch hervorgerufen, daß von gewisser Seite die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in schmählicher Weise diskreditirt wird (Sehr richtig! links); und zwar von einer Seite, von der man es nicht hätte erwarten sollen. Nicht blos die freisinnige Partei, sondern auch die freisinnige Presse hat die auswärtige Politik des gegenwärtigen Reichskanzlers vollaus gebilligt. Wir haben in Bezug auf die auswärtigen politischen Verhandlungen eine groÙe Zurückhaltung geübt, die uns um so schwerer wurde, als die agrarische Begehrlichkeit von Tag zu Tag wuchs und der auswärtigen Politik fortwährend Knüppel zwischen die Beine geworfen wurden. Die Aufführung der Abstimmungen der freisinnigen Partei leitens des Reichskanzlers erscheint mir doch sonderbar. Die freisinnige Partei besteht doch erst seit 1884. (Zwischenrufe rechts.) Der Reichskanzler aber ist zurückgegangen bis 1866 und bedauerte, daß die Demokraten damals zu spät gekommen wären in Bezug auf ihre Zustimmung zur Armeeorganisation. Das heißt doch aber willkürlich mit den Thatsachen umspringen. Die Indemnität ist diejenige Vorlage, welche eine feste Grenzscheide bildet, und auch die Staatsmänner, die jene Selt nicht in aktiver politischer Tätigkeit mit erlebt haben, thun sehr gut, auf jene Seiten hinter sich zu blicken. Es war die große Majorität des preußischen Volkes, welche sich damals auflehnte gegen die Verfassungsverlezung. Hat man denn damals die Organisation bekämpft? Nein! Als Fürst Bismarck 1866 das Indemnitätsgesetz einbrachte und es angenommen wurde, da waren es zuerst unsere speziellen Freunde Tweten, Jordanbeck, Lasker, welche sofort für die Bewilligung der Organisation eintraten. Diese Thatsache sollte doch dem Reichskanzler eben so bekannt sein wie uns. 1871, 1874, 1877 haben wir für die Militärgesetze gestimmt; ja sogar 1880 habe ich noch für das Septennat gestimmt, und auch 1887 haben wir jeden Mann und jeden Groschen bewilligt und die Stunde wird mir ewig in Erinnerung bleiben, wie Fürst Bismarck schon in der zweiten Lesung gering den Moment erwartete und aufstand, um die Auflösung des Reichstages zu verhindern. Der gegenwärtige Reichskanzler würde niemals so handeln. (Heiterkeit und lebhafter Widerspruch links. Abg. Richter: Solches Vertrauen habe ich nicht.) Graf Caprivi hat selbst gesagt, daß der Grund, der zur Auflösung geführt hat, ein nebensächlicher Punkt war, und die heutige Militärvorlage ist eine glänzende Rechtfertigung unseres damaligen Verhaltens. Der Reichskanzler meinte, daß Ausbildungspersonal haben wir. Das steht doch aber im Widerspruch mit den Ausführungen des Kriegsministers v. Verdy, der s. Z. das Gegenthell behauptete. Der Reichskanzler ist so mit der großen Politik beschäftigt, daß er uns kleine Leute gar nicht vor Augen hat. Wir kleinen Leute aus dem Lande können aber nicht alles plötzlich über Bord werfen, weil ein anderer General kommt und sagt: Es muß anders werden! Sie selber haben ja im vorigen Jahre noch nicht gewußt, wohin Sie uns führen, und nun verlangen Sie, daß wir Ihnen blindlings folgen sollen. Das wäre leichtsinnig von uns. Der Reichskanzler hat es so dargestellt, als ob wir prinziale Opposition treiben. Waren wir nicht immer bereit, die Konsequenzen aus der zweijährigen Dienstzeit zu ziehen, und ist es nicht möglich, nach ihrer Durchführung innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke jährlich 20 000 Mann mehr auszuheben? Welche große

Unruhigkeit im Lande über die Militärvorlage herrscht, sehen Sie ja aus dem offiziellen Aktenstück, das sich in die Wahlakten der Kehlheimer Wahl eingeschlichen hat. In diesem Aktenstück kommt die Stimmung des Landes zum Ausdruck. Der Staatsmann, selbst wenn er sie nicht für begründet hält, muß auf die Stimmung achten. Wir beklagen bei den Herren Militärs, daß sie bei aller Tüchtigkeit die wirtschaftlichen Momente, welche in Bezug auf die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Landes mitsprechen, nicht beachten. Der Reichskanzler und vor allen Dingen die öffischen Stimmen haben so getan, als ob das blischen Biersteuer gar nicht schlimm wäre. Die Länge trägt die Last! Seit 189 sind die indirekten Steuern und Zölle und die Verbrauchssteuern von 5 bis 6 M. auf 14 M. pro Kopf gestiegen. Dieser Satz wird durch die Biersteuer noch erhöht. Steuergaben für die Brenner wollen Sie (nach rechts); wenn aber ein armer Dorfschulmester kommt und klagt, die indirekten Steuern belasten mich, dann sagen Sie: „Diese unersättlichen Dorfschulmeister!“ Der Abg. v. Freye hat nicht einmal so viel Geduld gehabt, die Verhandlungen über das konservative Parteiprogramm abzuwarten, er hat schon hier seinem antisemitischen Herzen Lust gemacht. In Ihren Reihen (rechts) haben die Herren Süder und Hammerstein gesiegt. Das Verhalten der Konservativen im Wahlkreis Arnstadt-Friedenberg hat bewiesen, daß sich die Konservativen jetzt offen zu derjenigen Sorte von Antisemiten bekannt haben, die den Namen Ahlwardt tragen. (Zustimmung.) Dobon rettet Sie nichts mehr. Ahlwardt ist die Frucht des Antisemitismus, welchen Stöcker inauguriert hat. Dieser Haß und diese Wuth gegen das jüdische Kapital wird sich gegen das Kapital überhaupt wenden. Sie werden sich wundern, wenn das, was jetzt auf dem Lande von Ahlwardt mit Unterstützung konservativer Geldes und konservativer Kräfte betrieben wird, sich gegen diejenigen wenden wird, welche diese Bewegung inauguriert haben. Die Regierung scheint gar keine Abnung von diesen Dingen und ihren Folgen zu haben. Wir haben rechtzeitig davor gewarnt, man hat uns nicht gehört. Die Verhandlung über die Wahl Ahlwardts wird ein Bild entrollen über die Art, wie in Preußen behördlicherseits unsere Versammlungen gehindert worden sind, während den Antisemiten für ihre Agitation freier Spielraum gelassen ist. Wir werden Ihnen das beweisen. Was das Gebiet der Handelspolitik betrifft, so verlangen die Herren, obgleich die Handelsvereinbarungen erst am 1. Februar in Kraft getreten sind, schon jetzt Erfolge. Wenn wir Dreiviertel Jahre nach Inaugurierung der Schutzpolitisches nach ihren Erfolgen gefragt hätten, Sie hätten uns keine Antwort geben können. Wir haben Jahre lang gewartet, und heute erkennen von derselben Seite, welche die Schatzzölle machen half, Klagen über wirtschaftliche Depression. Jetzt holen Sie sich Rath von Friedrichsruh. Von der verdienstvollen und segensreichen Politik des Reichskanzlers durch die Handelsvereinbarungen können Sie jetzt noch keine Früchte erwarten. (Büro rechts.) Ich vertheidige Sie nicht. (Präsident v. Levekow: Das ist auch gar nicht nötig!) (Große Heiterkeit.) Die Biersteuer, welche der Abg. v. Freye so eifrig befürwortete, steht im Widerspruch mit der ganzen Politik, die früher vom sächsischen Gesichtspunkte aus befürwortet ist. Früher hat die Reichsregierung in beweglichen Worten geschildert, wie man dem Branntweinsel entgegensteuern müsse. Wir können in den östlichen Provinzen beweisen, daß mit der Verbüßung des Bieres schrittweise der Konsum des Branntweins abgenommen hat. Nun kommen die Herren von der anderen Seite mit dem Ausspruch des Fürsten Bismarck, daß der Arbeiter seinen Schnaps haben muß. Sie nehmen aber gar keinen Anstand, eine Erhöhung der Branntweinssteuer auf 75 Mark vorzuschlagen. Diesen Widerspruch kann ich nicht begreifen. Aus diesen Gründen werden wir die Brausteuer ablehnen. Der Reichskanzler möge in Zukunft davon überzeugt sein, daß wir eine persönliche Spize gegen ihn richten, er möge aber auch von der Überzeugung durchdringen sein, daß wir mit ebenso großem Patriotismus die Vorlage prüfen und mit ihm diskutieren wollen. Wir haben genau dasselbe Interesse an der Sicherheit des Vaterlandes, wie die Generale, die unsere Armee führen. Wir stehen an dieser Stelle, um die wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Wir haben die Pflicht, nach sachlicher, fachlicher Erwägung zu sagen: Bis hierher und nicht weiter.

Präsident v. Levekow: Ich muß den vom Vorredner einem Mitgliede des Hauses gegenüber gebrauchten Ausdruck „Quacksalberei“ als unparlamentarisch zurückweisen.

Reichskanzler Graf Caprivi: In seiner in wohlwollendem Tone gegen mich gehaltenen Rede hat der Vorredner gesagt, der Bundesrat hätte bei der Militärvorlage zu wenig Rücksicht auf die finanzielle Lage genommen, er schwächte seine Autorität durch sein eigenes Verhalten. Ich kann diese Äußerung aus vollster Kenntnis der Sache zurückweisen. Der Bundesrat kennt seine Pflichten und kommt ihnen nach. Weiter hat der Vorredner gemeint, die Staatsvorlage sei weiter nichts als eine Zusammensetzung der Wünsche einzelner Ressorts. Das ist nicht richtig. Der Bundesrat und die einzelnen Ressorts verständigen sich auf einem ziemlich weitläufigen Wege. Diese mühevole Arbeit hat das Reichstagamt wochenlang und gerade in der unangenehmsten Zeit, im Sommer, beschäftigt. In Bezug auf die Verhandlungen über die Militärvorlage gebe ich die Überzeugung nicht auf, daß wir den Abg. Richter von der Richtigkeit unserer Ansicht so weit überzeugen, daß er seinen Standpunkt aufgibt. (Heiterkeit. Rufus links: Abwarten.) Nachträglich möchte ich eine Neuherierung von mir richtig stellen. Nach dem Sonogramm hat der Abg. Richter mir nicht vorgeworfen, ich habe dem Grundsatz, der Zweck heilig die Mittel, sondern er hat diese Neuherierung nur als eine Frage hingestellt, die er dann aus sachlichen Gründen verneinte. Ich kann auch heute nicht umhin, die Neuherierung in der Art und Weise, wie sie vorgebracht wurde, für eine indirekte Beleidigung zu halten. Ob die Neuherierung des Abg. Richter, Fürst Bismarck habe die Methode für sich in Anspruch genommen, sich selbst zu widersprechen, ich aber befolgte diese Methode in drastischer Weise, nicht auch eine scharfe Beleidigung enthielt, darüber rufe ich das Urtheil seiner freisinnigen Parteigenossen an. Daß der Abg. Richter zu der Zeit, als die Fortschrittspartei verschiedene Heeresvorlagen ablehnte, dieser noch nicht angehört hat, muß ich ihm zugeben. Das thut mir in gewissem Sinne leid. Damit sagt sich Herr Richter auch von den hochpatriotischen Neuherierungen los, welche Mitglieder der Fortschrittspartei gethan und die ich lebhaft verlesen habe. Unsere Militärvorlage paßt sich nach Möglichkeit den finanziellen Verhältnissen an; ich selbst habe an erheblichen Punkten dazu beigetragen, die Vorlage so weit zu modifizieren, wie das geschehen ist. Ich konstatire also, daß der Militär die wirtschaftlichen Interessen zu Mahren gesucht hat. Es ist vielfach gesagt worden, wir würden das nötige Ausbildungspersonal nicht haben. Damit sich nicht falsche Ansichten setzen, komme ich noch kurz auf die Verdyschen Pläne zurück. Das Verdysche Projekt war zunächst eine Skizze, die dem Staatsministerium vorgelegen hat. Was für das Verdysche Projekt gilt, gilt nicht für das unsere. Wir fordern 60 Batterien, das Verdysche Projekt 110, wir fordern 12 Schadronen, Verdysche verlangte in letzter Instanz 19 Kavallerie-Regimenter. Ich bitte deshalb, mit der Exemplifikation das Verdysche Projekt vorsichtig zu sein. Der Abg. Richter meint, ich kenne die Situation im Lande wenig. Die Mittel, welche die Beiträge bieten, die Stimmung im Lande kennen zu lernen, stehen auch mit zur Verfügung. Es war mir nicht neu,

dass die Militärvorlage ein wesentliches Moment bei der Wahl in Kehlheim war. Ich weiß nicht, ob die Wahl in Kehlheim zu einer Zeit stattgefunden hat, wo die Militärvorlage den Wählern schon bekannt war, und wenn man, wie ich gewöhnlich hätte, den Herren gesagt hätte, die Militärvorlage will die zweijährige Dienstzeit einführen, sie will die alten Leute schonen und die jungen einstellen, so ist es mir zweifelhaft, ob die Kehlheimer Wähler eine so starke Abneigung gegen die Militärvorlage behalten hätten.

Abg. Frhr. v. Münch (fraktionslos): Die wirtschaftliche Lage ist so schlecht, daß wir nicht bloß die Militärvorlage nicht bewilligen dürfen, sondern auch darauf dringen müssen, die Friedensstärke herabzusezen. Am größten gestalten sich die Nachtheile für die nationale Wirtschaft durch die personelle Belastung, dadurch, daß Tausende, ja Millionen von Menschen der bürgerlichen Arbeit entzogen werden. Der Reichskanzler spottete über den 32jährigen Landwehrmann. Thatächlich ist aber dieser den kriegerischen Straßensoldaten mindestens ebenso gewachsen, wie der 22jährige Mann. Gedanke der ältere Mann wird mit mehr Mut und Energie in den Kampf gehen als der junge Mann. Es ist nicht psychologisch richtig achtet, wenn man behauptet, die Sorge um die Seinen werde den Mann abhalten, mit der nötigen Tapferkeit zu kämpfen. Wenn es sich um Tod oder Leben handelt, dann kommen solche Gedanken überhaupt nicht. Die Militärvorlage benachteiligt nicht bloß die wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die Militärmacht.

Abg. Bebel (Soz.): Man ist im Irrthum, wenn man glaubt, daß die gegenwärtige Vorlage einen Abschluß bildet. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß am ersten Tage, wo es zum Loschlag kommt, jeder Mann, auch der älteste, eingezogen wird. Alle gegenwärtigen Behauptungen sind eine captatio bene voluntiae. Der neue Kurs hat auf unsere Haltung gar keine Einwirkung geübt. Die Gesetze des neuen Kurses, die alle den Geist der Reaktion abhant, haben zur Stärkung der Sozialdemokratie beigetragen. Man nennt die Anhänger der Sozialdemokratie „grüne Jungen“, da könnten man die Leute, welche die Konservativen wählen, als diejenigen bezeichnen, die in vollkommener Unwissenheit über ihre soziale Stellung erhalten werden. Die Sozialdemokratie ist schon bis in die fernsten Winkel gedrungen, und Sie werden es bei den nächsten Wahlen sehen, denn die Unzufriedenheit mit dem bestehenden Zustande, dem gegenüber Sie sich ohnmächtig erweisen haben, steht fortwährend. Herr v. Freye spricht immer von der Religion; seine irdische Religion löst sich auf in die heilige Dreieinigkeit; Thron, Altar, Geldsack (Rufe rechts: Bist! — Präsident v. Levekow ruft den Redner, weil er die Gefühle eines Theiles der Reichstagsmitglieder verletzt habe, zur Ordnung). Warum hat der Präsident gestern nicht Herrn von Freye zur Ordnung gerufen, als er unsere Gefühle verletzte? (Präsident v. Levekow: Ich verbiete mir jede Kritik meiner Amtsführung). Die ganze Steuergesetzgebung war doch stets darauf berechnet, den Grundbesitzern auf Kosten der kleinen Leute zu geben. Sie klagen immer über die Not der Landwirtschaft und über Arbeitermangel. Aber die Leute laufen Ihnen doch von der Arbeit nur weg, weil sie bei Ihrem vielgerühmten patriarchalischen System nicht das genügende Auskommen haben. Die Art und Weise, wie die Herren leben, wie die Söhne auf der Universität und als Offiziere, Täusende vergeuden, läßt keinen Nothstand erkennen. Das Auswanderungsgesetz wird Ihnen nichts helfen, im Gegentheil, es wird durch seinen Zwang den Boden für die Sozialdemokratie nur ebnen. Die Entwicklung der Industrie bringt es mit sich, daß die Kreise des Kapitalismus immer enger werden, bis es zu einem allgemeinen Klaude-ada ist. (Heiterkeit.) Damit schließt die Debatte.

Abg. Richter (persönlich): Es ist heute in verschiedener Weise auf meine neuliche Rede zurückgegriffen worden. Der Herr Reichskanzler hat daraus als ein Beispiel heftigen persönlichen Angriffs den Satz von mir hervorgehoben, daß er sich drastischer überprochen in seinen Reden von 1891 und 1892 als jemals sein Vorgänger. Er glaubte, meine Parteigenossen noch besonders auf diesen Satz aufmerksam machen zu müssen. Letzteres war um so überflüssiger, als die lauten Zustimmenden Neuerungen meiner Parteigenossen bei diesem Satz befundenen, daß Ihnen derselbe nicht entgangen war. Ich würde es auch für sachlich falsch gehalten haben, wenn ich aus persönlichem Wohlwollen für den Herrn Reichskanzler an einem solchen drastischen Widerspruch in der sachlichen Beurtheilung der politischen Lage schonend vorübergegangen wäre. Auch halte ich mich Namens meiner Freunde für berechtigt, zu erklären, daß wir überhaupt keine Politik auf persönlichen Wohlwollens oder Mißwollens berücksichtigen, sondern lediglich sachliche Politik. (Besfall links.) Dann hat man auch unter Bezug auf meine Rede von einem Sündenregime gesprochen in Betreff früherer militärischer Boten. Ich bekannte mich auch heute noch zu allen meinen militärischen Boten in früheren Zeiten, bekannte mich auch zu den militärischen Boten der Fortschrittspartei von 1866, und zwar um so lieber, als ich dieselben durch die neuerliche Bekämpfung der Regierung zur zweijährigen Dienstzeit vollauf bestätigt finde.

Hierauf wird der Stat in seinen wesentlichen Theilen der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr (Invalidenfondsgesetz, lex Seine.)

Schluss gegen 5½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 2. Dez. Eine kleine Pikanterie steckt darin, daß die Polen als ihren Etatsredner gerade Herrn von Koscielski vorgeschickt haben. Der kompromißlustige Herr, den der Parlamentswitz „Admiralski“ getauft hat, hat beweisen sollen und wollen, daß auch die Polen rabiat werden können. Zum mindesten werden sie sich ihr Ja zu der Militärvorlage erst schwer abringen lassen. Diese Etatsdebatte, die merkwürdigste, die der Reichstag je geführt hat, dreht sich beinahe ausschließlich um die Militärvorlage, aber ein Punkt daneben drängt sich mit derselben Kraft her vor und bildet in jeder der bisher gehaltenen Reden das Gegengewicht zu den Betrachtungen über die Militärvorlage: dieser Punkt betrifft die Wirtschaftslage. Auch Herr von Koscielski hat Klagen über Klagen vorgetragen. Er geht nicht, so meint er, wegen der engen Schranken, die die Wirtschaftsverhältnisse namentlich im Osten ziehen. Immerhin, auf das Konto der unbedingten Abweisungen braucht Graf Caprivi die heutige Polenrede nicht zu setzen. Dafür hat er auf dieser Seite seiner politischen Bilanz die regelrechte Absage des Volksparteiers Haupmann und des Abg. Richter zu buchen. Aber er hat sich nicht etwa über einen allzuschroffen Ton zu beklagen gehabt. Vertrauen auf die auswärtige Politik des jetzigen Systems, Vertrauen auch auf die persönlich so ansprechenden Eigenschaften des Grafen Caprivi, Bedauern darüber, daß diese Regierung die doch so günstige Gelegenheit zur Ergreifung einer wahrhaft volksthümlichen Politik nicht benutzt, das war der Grundzug in beiden

Neden. Der Reichskanzler hatte deshalb auch keine rechte Veranlassung, scharf zu werden, und so hätte die heutige Schlussberathung der ersten Lesung des Etats ziemlich friedlich schließen können, wenn nicht der Abg. Bebel durch seine Unbedachtheit zu einem ungewöhnlich scharfen Renkontre mit dem Präsidenten gekommen wäre. Sich einen Ordnungs- ruf holen ist eigentlich immer ein Beweis von Ungeschicklichkeit.

— Die Kaiserin Friedrich empfing gestern das Präsidium des Reichstags.

Eine Versammlung der Arbeitslosen, welche am Freitag Vormittag in der Brauerei Friedrichshain in Berlin stattfand und von etwa 1500–1800 Personen besucht war, wurde aufgelöst, als einer der Redner den Anwesenden den Rath erheilte, öffentlich zu demonstrieren. Die Rufe wurde nicht gestoppt.

München, 2. Dez. Der achtzehnjährige Prinz Karl von Bayern, Bruder des künftigen Thronfolgers, ist seit einigen Tagen aus München verschwunden; er soll sich angeblich auf einem Gebirgsausflug befinden.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 2. Dez. In der Steuer-Kommission des Abgeordnetenhauses wurden heute die Abg. v. Huene, Dr. Lieber (Btr.), Graf Limburg-Strum, v. Jagow (Bischöflich), v. Tiedemann (frk.), Brömel (frej.), Dr. Ennecerus und Dr. Friedberg (ndl.) zu Mitgliedern der Subkommission gewählt, welche den Entwurf über Besteuerung des fundierten Einkommens im Einkommenssteuergesetz ausarbeiten soll. Die Subkommission wird am Montag ihre Arbeiten beginnen. Die Steuerkommission trat alsdann in die Beratung des Vermögenssteuergesetzes ein und erledigte die §§ 1 bis 7. Bei Beginn der Beratung wurde seitens des Vorsitzenden nochmals ausdrücklich konstatiert, daß alle Abstimmungen ohne Präjudiz für die zweite Lesung stattfinden. Paragraph 1. Erhebung der Vermögenssteuer vom ersten April 1895 ab wurde ohne sonderliche Debatte mit allen gegen 3 Stimmen Dr. Meyer (Berlin), Brömel, Schröder (Bentr.) angenommen, ebenso die §§ 2 und 3 (Steuerpflichtigkeit). Bei § 4 (steuerbares Vermögen) entwickelte sich eine lange Diskussion darüber, ob auch die nicht dinglichen Rechte, wie Verlagsrechte, Patentrechte u. s. w., die der Entwurf dem Kapitalwert nach beisteuern will, herangezogen werden sollen. Die bezügliche Bestimmung der Vorlage wird unverändert angenommen. Ebenso die Bestimmungen über die von der Besteuerung ausgeschlossenen Vermögen und über die Befreiung von Möbel, Hausrath u. s. w. Der Antrag Bachem, auch die nichtverjünglichen Darlehnforderungen von der Steuer frei zu lassen, wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt. Nach § 5 Nr. 1 werden die zu einer Fideikommisstiftung gehörigen Vermögen oder Vermögensstücke dem jeweiligen Nutzungsberechtigten bei der Steuerveranlagung hinzugerechnet. Diese Bestimmung wurde angenommen; die Beschlusffassung über die Anrechnung von Fideikommissen, für welche es zeitweilig an einem Nutzungsberechtigten fehlt, der zweiten Lesung vorbehalten. Zu § 6 (Berechnung des Anlage- und Betriebskapitals) entspann sich eine längere Diskussion über die Frage, ob Gewerbebetriebe im Auslande, die Preußen gehören, auch der Vermögenssteuer zu unterwerfen seien oder nicht. Die Frage wurde im Sinne der Vorlage verneint und § 6 angenommen. Ebenso § 7 (versteuerbares sonstiges Kapitalvermögen) mit der vor dem Abg. Stengel beantragten Änderung der Worte: „baares Geld“ in in- und ausländische Geldsorten.

Telegraphische Nachrichten.

Mes., 2. Dez. Der Nachschubzug, welcher von Basel nach Brüssel fährt, fußt in vergangener Nacht unweit Mes mit einem vom Sturm losgerissenen Güterwagen zusammen. Der Zug wurde nicht beschädigt und konnte nach einstündigem Aufenthalt die Fahrt fortsetzen.

In den letzten Tagen sind durch die heftigen nächtlichen Stürme mehrfach Zugverschärfungen verursacht worden.

Lübeck, 2. Dez. Der Gaffelschooner „Anna“ ist in vergangener Nacht bei einer Schneeböe an der Mecklenburgischen Küste in der Nähe von Bahrenboff gestrandet.

Berl., 2. Dez. Zu Ehren des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle fand gestern Abend in dem Landestheater ein Bänkett statt, welches von dem früheren Präsidenten des Abgeordnetenhauses Bechy mit einem Toast auf den König eröffnet wurde. Der Präsident des Casino Wekerle feierte in seinem Trunkspruch Dr. Wekerle, welcher für die ihm entgegengebrachten freundlichen Gefühle dankend auf das Aufleben des Mittelstandes sowie dessen Verdienste um die Entwicklung eines freiheitlichen Lebens in Ungarn hinwies. Außerdem wurden noch von Bechy, Stefan Karolyi, Albert Apponyi und Ugron Trunksprüche auf den Ministerpräsidenten ausgetragen.

Petersburg, 3. Dez. Dem Reichsrath ging ein Gesetzentwurf betreffend die Einführung der Salzaccise und die Erhöhung der Zuckeraccise zu. Danach soll Ergänzungaccise von 40 Kopeken per蒲 Raffinadegucker aufgehoben, die Accise auf Sandzucker dagegen verdoppelt werden, nämlich auf zwei Rubel per蒲 B.

Rom, 2. Dez. Die Deputirtenkammer nahm die Wahlvorschüsse vor. Colajanni (äußerste Linke) befürwortete die Regierung, sich in die Wahl in San Severo, wo Tondi gegen Imbrioni gewählt wurde, eingemischt zu haben und verlangte die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Der Ministerpräsident Giolitti wies die Anklagen zurück. Die Regierung habe gar kein Interesse, die Wahl Tonidis, der immer gegen sie gestimmt habe, zu begünstigen. Nach langerer Debatte wurde die Wahl für gültig erklärt.

Paris, 2. Dez. Die Mission Brissons scheiterte insbesondere daran, daß Perier und Bourgeois darauf beharrten, auf dem Boden der strikten Legalität zu bleiben und zu keinerlei Verwirrung der Gewalten die Hand zu bieten. Bourgeois verlangte außerdem, daß Freycinet und Ribot ihre Portefeuilles behalten sollten. Perier konfirme Nachmittags mit mehreren der zurücktretenden Minister, namentlich mit Ribot.

Der Generalprokurator richtete an die Panama-Untersuchungskommission ein Schreiben, in welchem er rieth, die Beauftragung der Chefs des Hauses Thierre auf administrativem Wege durch den Polizeipräfekten vornehmen zu lassen und nicht durch das Gericht, da letzteres Vorgehen zu zeitraubend wäre.

Der unter dem Verdachte der Spionage verhaftete Galizier Lusina erklärte, die bei ihm vorgefundene Karten und Pläne hätten ihm lediglich für die von ihm verfassten oder vorbereiteten militärischen Schriften gedient. Lusina ist der Verfasser der polnischen Broschüre „Die nächste große Armee“.

Paris, 2. Dez. Die Panama-Untersuchungskommission vernahm heute den Deputirten Salis, der seiner Zeit Mitglied

der Kommission war, welche im Jahre 1888 das Projekt der Panama-Loos-Obligationen zu prüfen hatte. Salis erklärte, sechs Mitglieder der Kommission hätten von ihrem Bureau einen formellen Auftrag erhalten, gegen das Projekt zu stimmen; fünf hätten sich sofort für dasselbe erklärt. Indessen sei es angenommen worden, weil ein Mitglied, Sansleroy, obwohl als Gegner des Projektes gewählt, doch für dasselbe stimmte. Sansleroy habe, über seine Abstimmung befragt, erklärt, daß er bei seinem Votum den Willen seiner Wähler nachgegeben habe. Hierauf wurde Chantagrel, der gleichfalls im Jahre 1888 Mitglied der Panama-Kommission war, vernommen. Chantagrel sagte aus, es seien ihm, damit er für das Projekt stimme, von einem Beamten der Panama-Gesellschaft nach und nach 100000, sodann 200000 und schließlich 500000 Frs. geboten worden.

Paris, 2. Dez. Der Journalist, welcher in der „Libre Parole“ die Artikel mit der Überschrift „Die Geheimnisse der Panama-Affaire“ veröffentlicht hat, versicherte bei seiner Vernehmung durch die Panama-Untersuchungskommission, er sei überzeugt, daß die Panama-Gesellschaft selbst die gegenwärtige Bewegung angestiftet habe. Im Jahre 1886 habe er selbst, damals noch Beamter der Gesellschaft, von derselben den Auftrag erhalten, einige Deputirten Geldsummen anzubieten, damit sie für das Emissionsprojekt der Gesellschaft stimmen. Allein von den Deputirten sei keiner seiner Aufforderung nachgekommen.

Brüssel, 2. Dez. [Münzkonferenz] Der Bericht der mit der Prüfung der Rothschildischen Vorschläge beauftragten Kommission betont, die Vorschläge seien von sehr großem Interesse und verdienten von der Konferenz in Erwägung gezogen zu werden. Von den Mitgliedern der Kommission, welche aufgefordert waren, zu erklären, ob sie geneigt wären, die Annahme der Vorschläge ihren Regierungen zu empfehlen, hätten 6 zustimmend und 7 ablehnend geantwortet. Die Levyschen Vorschläge, die Goldstücke im Werthe von weniger als 20 Francs und alle Banknoten unter 100 Francs nach und nach aus dem Verkehre zurückzuziehen, wurden von der Kommission fast einstimmig angenommen. Die Delegirten der lateinischen Münzunion angehörenden Staaten waren heute früh unter dem Vorsitz Thirards zusammengetreten und hatten beschlossen die Schluszanträge des Berichtes der erwähnten Kommission zu prüfen.

Madrid, 2. Dez. Gestern Abend fanden hier abermalige Kundgebungen zu Gunsten des zurückgetretenen Bürgermeisters Bosch statt. Obgleich dieselben eine irgendwie ernstere Bedeutung nicht hatten, erlebte der Präfekt Pena Ramiro gleichwohl einen Tagessieg, in welchem Zusammenrottungen und Kundgebungen in den Straßen ausdrücklich verboten werden.

Lüttich, 2. Dez. Die Nacht ist in Horloz und dem benachbarten Tilleur ruhig verlaufen. Einer der gestern verwundeten Bergleute ist Nächts gestorben, auch die anderen Verwundeten, welche im Hospital untergebracht sind, befinden sich noch nicht außer Lebensgefahr. In den Bergwerken im Bassin von Lüttich wird heute gearbeitet, dagegen dauert der Ausstand unter den Arbeitern in dem Bergwerk von Horloz fort. Der Staatsanwalt ist in Tilleur eingetroffen und hat bezüglich des gestern erschossenen Bergmanns die Leichenschau angeordnet. Demnächst soll eine Zusammenkunft von Delegirten der Streikenden mit dem Bergwerksdirektor stattfinden.

Lüttich, 2. Dez. In Tilleur ist kein neuer Fall der Ruhestörung vorgekommen, wenngleich noch eine gewisse Erregung unter den Bergleuten herrscht. Der Unter suchungsrichter ist mit der Vernehmung der im Hospital untergebrachten Verwundeten beschäftigt. Seit 1½ Uhr Nachmittags finden Unterhandlungen zwischen den Bergleuten und der Direktion des Bergwerks statt. Eine Anzahl Ausständiger wartet vor dem Eingange zum Bergwerk auf das Ergebnis der Unterhandlungen.

Auch in Seraing ist, wie von dort gemeldet wird, unter den Bergleuten, die heute früh zu Tage fuhren, infolge der Vorgänge in Tilleur eine gewisse Erregung entstanden.

London, 2. Dez. Wie der „Times“ aus Kairo gemeldet wird, haben sich die Streitkräfte der Dervische bei Dongola vermehrt, eine Abtheilung von 300 Mann hat die egyptischen Posten bei den Brunnen von Marad angegriffen.

London, 2. Dez. Die Morgenblätter bringen Telegramme aus Samoa, denen zufolge dort wohnende englische Staatsangehörige von den Eingeborenen angegriffen worden sind. Ein britisches Schiff ist nach Apia abgegangen.

New York, 2. Dez. Der bekannte Financier Jay Gould ist heute Vormittag 10 Uhr gestorben.

Marktberichte.

Bromberg, 2. Dez. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 136–144 M., feinstes über Notz. — Roggen 110–126 M. feinstes über Notz. — Gerste nach Qualität 125–130 M. — Brau= 135–140 M. — Erbsen, Futter= 120–133 M. — Kirsch= 145–160 M. — Hafer 135–142 M. — Spiritus 70er 29,75 Mark.

Breslau, 2. Dez. (Amtlicher Produktionsbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo —. Gefündigt — Str., abgelau fene Kündigungsscheine —. p. Dez. 132,00 Br. April-Mai 132,00 Gd. Hafer (p. 100. Kilo) p. Dez. 130,0. Br. R. üb. l. p. 100 Kilo p. Dez. 2,00 Br. April-Mai 52,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Faz: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gefündigt — Liter, abgelau fene Kündigungsscheine —, p. Dez. 50er 48,60 Gd. Dez. 70er 29 1/2 Gd. April-Mai 30,50 Gd. 8 in f. ohne Umsatz.

Die Börsenkommision.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Tem. Grae
2. Nachm.	748,5	NW stark	halbheiter ¹⁾ + 0,5	
2. Abends	753,9	NW stark	halter ²⁾ — 1,4	
3. Morgs.	759,6	W stark	zieml. heiter — 4,2	

¹⁾ Vormittags Schnee ²⁾ Nachmittags schwacher Schnee.
Am 2. Dez. Wärme-Maximum + 2,0° Cels.
Am 2. Wärme-Minimum — 1,4°

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 2. Dez. Morgens 0,02 Meter unter Null.
= 2. = Mittags 0,02 = unter Null.
= 3. = Morgens 0,00 =

Produkten- und Börsenberichte.

Kondskurie.

Breslau, 2. Dezember. (Schlusskurie.) Matt.

Neue 3proz. Reichsanleihe 86,80, 3½ proz. U.-Pfandbr. 97,95. Consol. Türk. 21,40, Türk. Note 90,80, 4proz. ung. Goldrente 96,00. Bresl. Disconto-Bank 95,90. Breslauer Wechselkant 97,00. Creditanstalt 167,40, Schles. Bankverein 112,00. Donnersmarckhütte 82,25. Flöther Maschinenbau —. Rattowitzer Attien-Gesellschaft ur Bergbau u. Hüttenbetrieb 114,50. Oberleiser Eisenbahn 47,00. Oberschles. Vorland-Bement 70,00. Schles. Cement 114,50. Oppeln. Cement 85,25. Schles. Cement 113,75. Kramitz 122,25. Schles. Kinschaften 186,50. Laurahütte 97,75. Verein. Delfort. 92,25. Österreich. Bankanten 169,90. Russ. Banknoten 200,45. Giebel Cement 72,00.

Frankfurt a. M., 2. Dez. (Schlusskurie.) Matt.

Lond. Wechsel 20,342. 4proz. Reichsanleihe 106,95. öster. Silberrente 82,60, 4½ proz. Papierrente 82,90 do. 4proz. Goldrente 98,10. 1860er Note 126,60. 4proz. ung. Goldrente 95,90. Italiener 92,10. 1880er Russen 96,50. 3. Orient. 65,30. unif. Egypter 99,45. tow. Türk. 21,40. 4proz. türk. Anl. 86,00. 3proz. port. Anl. 22,70. 5proz. serb. Rente 76,00. 5proz. amort. Rumänier 97,10. 5proz. tonz. Mex. 78,80. Böh. Weißbahn 292,00. Böh. Nordb. 153,4. Franzosen —. Galizier 183%. Gotthardbahn 156,50. Lombarden 78%. Lübeck-Büchen 139%. Nordwestbahn 178%. Kreditattit 266%. Darmstädter 122,20. Mitteld. Kredit 96,50. Reichsb. 149,00. Disconto-Kommandit 179,60. Dresdner Bank 139,30. Barter Wechsel 80,95. Wiener Wechsel 169,70. serbische Tabaksrente 75,90. Bochum. Giebel 115,50. Dortmund. Union 50,90. Harpener Bergwert 127,50. Südbahn 117,60. 4proz. Spanier 62,80. Mainzer 110,00.

Nach Schluss der Börse: Kreditattit 266%. Disconto-Kommandit 179%. Berliner Handelsgesellschaft —.

Hamburg, 2. Dez. Festgest.

Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br. 2784 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 114,50 Br. 114,00 Gd.

Wien, 2. Dez. Schwankend. Renten fest, Alpine Montan und Lombarden matt.

Öster. 4½% Papier. 97,80. do. 5proz. 100,60. do. Silber. 97,50. do. Goldrente 115,50. 4proz. una. Goldrente 113,40. 5proz. do. Papier. 100,57%. Förderbank 225,00. öster. Kreditattit 315,75. ungar. Kreditattit 362,50. Wien. Br. 114,30. Elbenthalbahn 227,75. Galizier 217,50. Lemberg-Czernowitz 245,50. Lombarden 90,50. Nordwestbahn 212,50. Tabaksfa. 168,25. Napoleon 9,56. Marknoten 58,90. Russ. Banknoten 1,17%. Silbercoupons 100,00. Bulgarische Anleihe 108,00.

Paris, 2. Dez. (Schlusskurie.) Fest.

Zrozentige amort. Rente 99,30. 3proz. Rente 99,32%. 4proz. Anl. —. Italien. 5proz. Rente 92%. Lombarden 8½%. 4proz. 1869 Russen II. Serie 97%. tow. Türk. 21½%. öster. Silber. 82,00 öster. Goldrente 97. 4proz. ungar. Goldrente 95%. 4prozent. Spanier 68%. 3½ proz. Egypter 92%. 4proz. unif. Egypter 98%. 4proz. tow. Egypter —. 4½ proz. Tribut-Anl. 96. 6proz. Mexikaner 79%. Ottomanbahn 13%. Suczaktien —. Canada Pacific 92%. De Beers neue 17%. Blaibank 2%.

London, 2. Dez. (Schlusskurie.) Ruhig.

Engl. 2½ proz. Consols 96½%. Preuß. 4proz. Consols 1–6. Italien. 5proz. Rente 92%. Lombarden 8½%. 4proz. 1869 Russen II. Serie 97%. tow. Türk. 21½%. öster. Silber. 82,00 öster. Goldrente 97. 4proz. ungar. Goldrente 95%. 4prozent. Spanier 68%. 3½ proz. Egypter 92%. 4proz. unif. Egypter 98%. 4proz. tow. Egypter —. 4½ proz. Tribut-Anl. 96. 6proz. Mexikaner 79%. Ottomanbahn 13%. Suczaktien —. Canada Pacific 92%. De Beers neue 17%. Blaibank 2%.

Petersburg, 2. Dez. Wechsel auf London 101,20. Russ. II. Orientali. 102%. do. II. Orientali.

Sumi 60,00. — Spiritus behauptet, vor Dezbr. 47,00, vor Jan. 47,00, vor Jan.-April 47,00, p. Mai-August 47,00. — Weiter: Veränderlich.

Paris. 2. Dez. (Schluss.) Rohzucker behauptet, 88 Proz. los, — à 38,25. Weicher Zucker ruhig, Nr. 3, vor 100 Kilogramm per Dezbr. 40,75, p. Jan. 41,12½, vor Jan.-April 41,50, p. März-Juni 42,12½.

Havre. 2. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloss mit 30 Points Baisse.

Rio 9000 Sac, Santos 18000 Sac, Rezettes für gestern.

Havre. 2. Dez. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Dez. 101,50, p. März 98,00, per Mai 97,25. Behauptet.

Petersburg. 2. Dez. Produktionsmarkt. Talg loko 52,00 per August —, Weizen loko 11,50, Roggen loko 9,00, Hafer loko 4,90, Hanf loko 44,00, Leinfaat loko 15,25. — Wetter: Frost.

Amsterdam. 2. Dez. Java-Kaffee good ordinary 57½.

Amsterdam. 2. Dez. Vancazinn 56. Getreidemarkt. Weizen auf Termine fest, per März 174. — Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine fest, per März 127, per Mai 123. — Rübel loko 26½, p. Dez. — per Mai 26½.

Antwerpen. 2. Dez. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinerie Zweite wett loko 12½ bez. u. Br. vor Dez. 12½ Br., p. Jan. 13½ Br., per Jan.-März 13½ Br. ruhig.

Antwerpen. 2. Dez. (Telegr. der Herren Willems und Comp.) Wolle. La Blata-Bug, Type B., vor Dez. 4,60, per Mai 4,70 per Aug. 4,77½ Käufer.

Antwerpen. 2. Dez. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer schwach. Gerste träge.

London. 2. Dez. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten.

Wetter: Schön.

London. 2. Dez. 96 p.Ct. Tabazucker loko 16½ fest, Rübenzucker loko 14½ fest.

London. 2. Dez. Chilli-Kupfer 47½, per 3 Monat 48½.

London. 2. Dez. Getreidemarkt. (Anfangsbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 63800, Gerste 11580,

Roggen 35480 Arts.

Weizen, Gerste, Hafer und Mehl träge, Mais fester, 1½ sh. höher, Verkäufer.

London. 2. Dez. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Sämtliche Getreidearten sehr ruhig, fremder Weizen unverändert. Mais stetig, flacher voll 1½ sh. höher. Gerste stetig. Hafer stetiger, bei besserem Begehr. Angekommene Weizenladungen fest, ruhig. Schwimmendes Getreide ruhig, Weizen stetiger, Gerste fest — Wetter: Schön.

Liverpool. 2. Dez. Getreidemarkt. Weizen stetig. Mehl ruhig. Mais 1½ d. niedriger. — Wetter: Neblig.

Liverpool. 1. Dezbr. (Offizielle Notrungen.) Amerikaner good ordinary 4½, do. low middling 5½, Amerikaner middling 5½, middling fair 5½, Bernam fair 5½, do. good fair 5½, Ceara fair 5½, do. good fair 5½, Bahia fair —, Macelo fair 5½, Maranham fair 5½, Egyptian brown fair 5½, do. d. good fair 5½, do. do. good 5½, do. do. white fair 5½, do. do. good fair 5½, do. do. good 5½, Mc. G. Broach good 4½, do. fine 4½, Dholleah fair 3½, do. good fair 4, Dholleah good 4½, do. fine 4½, Domra fair 3½, do. good fair 4½, do. good 4½, do. fine 4½, Scinde good fair —, do. good 3½, Bengal good fair 3½, do. good 3½, do. fine 4½, Madras, Tinimbelly, fair 4½, do. do. good fair 4½, do. do. good 5, do. Western fair 3½, do. do. good fair 3½, do. do. good 4½, Peru rough fair —, do. do. good fair 6½, do. do. good 6½, do. moder. rough fair 5½, do. do. good fair 5½, do. do. do. good 5½, do. smooth fair 5½, do. do. good fair 5½.

Liverpool. 2. Dezbr. (Baumwollen-Wochenbericht.) Wochenumsatz 61000 B., do. von amerikanisch. 50000 B., do. für Spekulation 12000 B., do. für Export 7000 B., do. für wirtl. Konsum 31000 B., desgl. unmittelbar ex Schiff 68000, wirtl. Export 13000 B., Import der Woche 187000 B., davon amerikanische 143000 B.,

Borrath 1275000 B., davon amerikanische 1099000 schwimmend nach Großbritannien 371000 B., davon amerikanische 365000 Ballen.

Liverpool. 2. Dez. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaschiger Umsatz 8000 B. Ruhig. Tagesimport 19000 B.

Liverpool. 2. Dez. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 8000 Ball., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Middle american. Lieferungen: Dezbr.-Jan. 5 Verkäuferpreis, Febr.-März 5½ do., April-Mai 5½ Käuferpreis, Juni-Juli 5½ do., August-Sept. 5½ Wertz.

Liverpool. 2. Dez. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.

Middle american. Lieferungen: Dezbr.-Jan. 4½, Verkäuferpreis, Jan.-Febr. 5½ Wertz, Febr.-März 5½, Verkäuferpreis, März-April 5½ Wertz, April-May 5½ do., Mai-Juni 5½, Verkäuferpreis, Juni-Juli 5½ Käuferpreis, Juli-August 5½ Wertz.

Glasgow. 2. Dez. Röhren. (Schluss.) Mixed numbers warrants 41 sh. 9 d.

Newyork. 1. Dez. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9½, do. in New-Orleans 9½ bez. — Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,60, do. Standard white in Philadelphia 5,55 Gd. Röhes Petroleum in New-York 5,35, do. Pipeline Certificates, pr. Januar 53. Stettg. Schmalz loko 9,75, do. Rohe Brothers 10,50 Bude (Fats refining Muscovad) 2½, Mais (New) p. Dezbr. 50%, p. Jan. 51%, p. Mai 53%, Rothe Winterweizen loko 78½. Kaffee Rio Nr. 7, 17½. Mehl (Spring clears) 3,10. Getreidefracht 1½. Kupfer 12,25. Roher Weizen per pr. Dezbr. 76%, per Jan. 78%, per Mai 83%. Kaffee Nr. 7 low rd. v. Jan. 16,15, p. März 15,95.

Newyork. 2. Dez. (Anfangskurse.) Petroleum Pipe line certificates vor Jan. —. Weizen vor Mai 82%.

Chicago. 1. Dez. Weizen per Dezbr. 71½, per Mai 78%, Mais per Dezember 42. Spec short clear nom. Pork per Dezember 13,40.

Newyork. 2. Dez. Weizen p. Dez. 76½ C., v. Jan. 78 C.

Berlin. 3. Dez. Wetter: Frost.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin. 2. Dez. Die heutige Börse eröffnete in abgeschwächter Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spätestens vorliegenden Tendenz-

meldungen lauteten gleichfalls wenig günstig und boten besondere geschäftliche Unregung nicht dar. — Hier entwidelt sich das Geschäft im allgemeinen ruhig; nur einige Ultimowerte hatten bei Gelegenheit einiger Schwankungen belangreiche Abschlüsse für sich.

Im späteren Verlaufe des Verkehrs trat vorübergehend eine kleine Befestigung hervor; der Schluss blieb ruhig. — Der Kapitalsmarkt wies ziemlich behauptete Kurve für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umläufen auf. — Fremde, festen Zins tragende Papiere waren gleichfalls ziemlich behauptet, aber wenig lebhaft; Ungarische 4proz Goldrente nach schwächerer Eröffnung bestätigt. Italiener etwas abgeschwächt. — Der Privatdiskont wurde mit 2½, Proz. notirt. — Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditanlagen nach schwacher Eröffnung zu etwas anziehender Notiz lebhafter um; Lombarden schwächer, andere Österreichische Bahnen wenig verändert und ruhig; Schweizerische Bahnen nach schwächerer Eröffnung bestätigt, auch Gotthardbahnen fester. — Inländische Eisenbahnen behauptet und ruhig, Mainz-Ludwigsbahnen seit. — Bankaktien lagen schwach; die spekulativen Devisen etwas lebhafter, namentlich Disconto-Kommandit-Antheile matter. — Industriepapiere zum Theil abgeschwächt; auch Montanwerthe zumeist nachgebend.

Produkten-Börse.

Berlin. 2. Dez. Am Getreidemarkt dauert die Abneigung gegen jede Unternehmung in verschärftem Maße fort. Weizen

und Roggen blieben bei minimalen Umsätzen unverändert. Hafer stellte sich vor Dezember unter dem Druck des schwachen Effektivmarktes um 1 M. niedriger. Roggen mehr still und wenig verändert. Rübel bei fester Haltung still. Spiritus ruhig. Loko und auf Termine schwach behauptet. Die Lokozuflüsse wurde meist durch Reperteure aufgenommen. Zum Schluss des Verkehrs schwächte sich die Haltung für Roggen ab, so daß die Preise ca. ¼ M. niedriger schließen als gestern.

Weizen (mit Ausgleich von Kaufweizen) per 1000 Kilogr. Loko still. Termine matt. Gefündigt 300 Ton. Kündigungspreis 152,75 M. Loko 145—160 M. nach Qualität Kündigungskraft 150 M. per diesen Monat 153—152,5 bez., per Dez.-Jan. —, per April-Mai 155—154,75 bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli 157,75—157,5 bez.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko mäßiger Umsatz. Termine ruhig. Gefünd. 150 Tonnen. Kündigungspreis 133,5 M. Loko 125—134 M. nach Qualität. Kündigungskraft 131 M. Inländischer guter 131—132 M., vor diesen Monat 133,5—134—132,75 bez., per Dez.-Jan. 133—132 bez., per Jan.-Febr. 1893 —, vor März-April —, per April-Mai 134,75—135—134,25 bez., per Mai-Juni —, bez., per Juni-Juli —.

Gerste vor 1000 Kilogr. Ziemlich starkes Angebot. Große und kleine 140—168, Futtergerste 120—140 M. nach Qualität. Hafer per 1000 Kilogr. Loko matter. Termine niedriger. Gefündigt 300 Tonnen. Kündigungspreis 138,5 M. Loko 135 bis 160 M. nach Qualität. Kündigungskraft 137 M. Bomm. und preußischer mittel bis guter 137—142 bez., feiner 143—147 bez., schlechter mittel bis guter 137—142 bez., feiner 143—148 bez., vor diesen Monat 139,5—138,75 bez., per Dez.-Januar —, per April-Mai 136,25—136 bez., per Mai-Juni —.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko unverändert. Termine still. Gef. — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 121—128 M. nach Qual., vor diesen Monat 118,5 bez., per Dez.-Jan. —, per April-Mai 112,5 bez.

Erdbeer p. 1000 Kilogr. Kochware 160—205 M. nach Dual. Futterwaare 138—154 M. nach Qualität.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sac. schließt matt. Gefünd. — Sac. Kündigungspreis — M., vor diesen Monat und per Dez.-Jan. 17,3—17,25 bez., per Jan.-Febr. 1893 —, bez., per Febr.-März —, per April-Mai 17,65—17,6 bez.

Rübel per 100 Kilogr. mit Fas. Still. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. —, ohne Fas. —, vor diesen Monat und per Dez.-Januar 1893 51 M., per April-Mai 51 bez.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 19,00 M. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilogr. brutto incl. Sac. per diesen Monat 9,80 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 19,00 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Loko ohne Fas. 51 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Loko ohne Fas. 31,5 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Still. Gefündigt 60000 Liter. Kündigungspreis 30,6 M. Loko mit Fas. —, per diesen Monat und per Dez.-Jan. 30,6—30,5—30,7 bez., per Jan.-Febr. 1893 —, per März-April —, per April-Mai 32,3—32,4 bis 32,5 bez., vor Mai-Juni 32,7—32,6 bez., vor Juli-August —, per August-Sept. —.

Weizenmehl Nr. 0 22—20 bez., Nr. 0 19,75—18,00 bez.

Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 17,5—16,75 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 18,5—17,5 bez., Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1 vr. 100 Kilogr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 4 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4½ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. 11 Franco oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto Wechsel v. 2. Dez.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Bank-Ausländische Fonds.

Bankpapiere.

Brsch.20T.L.	—	103,40 bz	Schw.Hyp.-Pfd.	4½	102,40 bz	Wrsch.-Teres.	5	100,80 bz	Rohb.Gold-Prior.	5		Pr.Hyp.-B.I.(rz.120)	4½		Bauges.Humb.	6	131,25 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	168,45 G.	Serb.Gld-Pfd.	5	83,00 G.	Wrsch.-Wien..	17½		Südost.-B. (Lb.)	3	63,90 bzG	do. do. VI. (rz.110)	5	112,00 G.	Moabit	8	130,00 G.
Dess. Präm.-A.	3½	20,34½ bz	do. Rente.	5	76,20 bz G.	Weihselbahn	—		do. Obligation.	5	104,40 G.	do. div.Ser.(rz.100)	4	102,30 bzG	Passage	3½	64,00 bzG.
Ham.-T.	3	132,70 G.	do. neue 85	5	76,20 bz G.				do. Gold-Prior.	4							